

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

**Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**  
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinsektion und des Hauptkolonats zu Bauen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



**Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten**  
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage  
Geschäftsstelle Bischofswerda, Ullmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 22

**Erkennungszeichen:** Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postcheck-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokonto Bischofswerda Konto Nr. 84.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Goldmark):** Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., dreifache Anzeigen 30 Pfg., die 30 mm breite Reklamzeile (im Textfeld) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Wechselkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 174.

Mittwoch, den 29. Juli 1925.

80. Jahrgang

## Tageschau.

Reichspräsident v. Hindenburg wird sich am Abend des 11. August nach München begeben, wo am 12. August ein öffentlicher Empfang stattfindet.

Bei der zweiten Lesung der neuen Steuervorlagen im Reichstag gaben die Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung ab.

Nachdem die Preussische Regierung in der Frage einer Annexion für das preussische Landesgebiet erheblich weiter gegangen ist als die von der Reichsregierung vorbereitete Reichsannexionsfinden gegenwärtig zwischen den Regierungsparteien im Reichstag Verhandlungen darüber statt, die Annexionsvorlage der Reichsregierung in einigen Punkten zu erweitern.

Die Stichwahlen zu den französischen Gemeinderatswahlen haben dem Kartell der Linken (Radikale, Herriot und Sozialisten) weitere Erfolge gebracht.

Die Bergarbeiter des noch unter französischer Besatzung stehenden Saargebietes sind in den Generalstreik getreten.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

## Der Schwerpunkt liegt in der Abrüstungsfrage.

(Von unserem diplomatischen Mitarbeiter.)

Berlin, 28. Juli 1925.

Die diplomatische Situation, die nach der Ueberreichung der deutschen Antwortnote an Frankreich und der sofort einsetzenden Debatte über die deutschen Forderungen in der Sicherheitsfrage in ein ganz neues Stadium eingetreten ist, läßt sich nunmehr viel klarer übersehen, als man sich zuerst in den deutschen Regierungskreisen versprochen hat. Im ersten Moment schien es, als wolle die französische Regierung die sehr deutlich erkennbaren deutschen Vorbehalte überhaupt ignorieren und auf möglichst schnellem Wege den Weg direkter Verhandlungen beschreiten. Dieses Bild hat sich aber in dem Augenblick geändert, wo der deutsche Reichskanzler in öffentlicher Reichstagsrede die Frage der Abrüstung angeschnitten und betont hat, daß Deutschland, das allein den Abrüstungsforderungen nachgekommen sei, auf den Bestimmungen des Versailler Vertrages bestuhe, wonach die Abrüstung allgemein durchgeführt werden müsse. Damit ist der natürliche Zusammenhang zwischen der Sicherheitsfrage und dem Abrüstungsproblem hergestellt worden. Allerdings zeigt sich jetzt, daß die französische Diplomatie die deutsche Abrüstungsforderung mit schärfster Ablehnung zurückweist und durch die offiziellen Presseorgane die Frage stellt, wie Deutschland eigentlich zu dieser Forderung komme. Daß die Reichsregierung sich jedoch auf die klaren und eindeutigen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages berufen kann, scheint man französischerseits völlig zu übersehen. Man ist über den Widerspruch des Quai d'Orsay allerdings nicht überrascht, da man deutscherseits von vornherein damit gerechnet hatte, daß Frankreich den deutschen Abrüstungsforderungen ablehnend gegenüberstehen würde. Es wird daher die Aufgabe der deutschen Diplomatie sein, die französische Regierung an den Gedanken zu gewöhnen, daß ein Sicherheitspakt nur dann für Deutschland einen Sinn haben würde, wenn das Abrüstungsproblem verwirklicht wird und die den europäischen Frieden führenden Rüstungen gewisser Länder endlich eingestellt werden. Es kann daher schon jetzt gesagt werden, daß man in Berlin nicht daran denkt, in der Abrüstungsfrage einen Rückzug anzutreten.

Eigentümlich berührt die Stellungnahme Englands, das ebenfalls im gegenwärtigen Stadium der Dinge von einer Erörterung der Abrüstungsfrage nichts wissen will. Der englische Premierminister Baldwin hat dem deutschen Reichskanzler Dr. Cuthbert in seiner in Birmingham gehaltenen Rede geantwortet:

Ihr seid zu schnell mit Euren Abrüstungswünschen! Erst muß der Sicherheitspakt geschlossen werden, dann kann man auch an Abrüstung denken."

Die englische Regierung will demnach den deutschen Reichskanzler auf eine spätere Zeit vertrösten und der Berliner Regierung nahelegen, zuerst den Sicherheitspakt abzuschließen, in dem guten Vertrauen darauf, daß die alliierten Mächte dann nachträglich bereit sein werden, auf die deutschen Forderungen einzugehen. Sehr vertrauenswürdig erscheint der Berliner Diplomatie diese englische Taktik nicht, aber man wird deutscherseits die Frage aufwerfen, welche Garantien man der deutschen Regierung geben will, daß das Abrüstungsversprechen in der ähnlichen Weise eingelöst wird wie die Räumung des Ruhrgebietes, die auch erst ein Jahr nach dem Abschluß des Londoner Abkommens zur Durchführung gelangte.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Stellungnahme der amerikanischen Regierung verwiesen werden, die den englischen Standpunkt in der nachdrücklichsten Weise zu unterstützen scheint. Präsident Coolidge soll erklärt haben, daß die Mächte zur Zeit noch nicht in der Lage seien, an eine Abrüstungskonferenz in Washington teilzunehmen, zumal noch keine Aussichten dafür bestehen, daß Deutschland den Sicherheitspakt ermöglichen werde. Bis zum Abschluß des Sicherheitspaktes müßten die Mächte ihre gegenwärtigen Streitkräfte aufrecht erhalten. Demnach sind die Aussichten für eine Abrüstungskonferenz in Washington zur Zeit entschieden ungünstig. Die deutsche Öffentlichkeit darf sich aber — und das ist die absolut feststehende Meinung der deutschen Reichsregierung — durch solche Launen keineswegs davon abschrecken lassen, auf dem einmal eingenommenen Standpunkt zu verharren. Berlin wird trotz allem an seiner Forderung auf allgemeine Abrüstung bestehen, auch wenn vorübergehend eine Situation geschaffen wird, die einem völligen Stillstand der Erörterungen gleichkommt.

## Die Steuergesetze im Reichstag.

Eine Erklärung der Regierungsparteien.

Berlin, 27. Juli. Die heutige Reichstagsführung eröffnete der Präsident Löbe mit der Mitteilung vom Ableben des kommunistischen Abg. Eichhorn, des ersten „revolutionären“ Berliner Polizeipräsidenten. Das Haus trat dann in die 2. Lesung der neuen Steuervorlagen ein. Es handelte sich heute um das Einkommensteuergesetz, das Körperschaftsteuergesetz, das Reichsbewertungsgesetz, die Vermögens- und Erbschaftsteuer, die Vertriebssteuer, die Verbrauchssteuer, den Finanzausgleich der Bier- und Tabaksteuer. Verbunden damit wird ein deutschnationaler Antrag auf Errichtung und Erhaltung eines Reichsstatistikforschungsinstitutes.

Abg. Dr. Oberfohren (D.-R.) gibt im Namen der hinter der Regierung stehenden Parteien eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen, abgesehen von der Stellungnahme zum Finanzausgleich und zu dem finanzpolitischen Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, dem Steuergesetz in der Fassung des Ausschusses mit Vorbehalt gewisser Verbesserungen zustimmen. Sie tun dies unter ausdrücklicher Betonung schwerer Bedenken, die sie gegen Einzelheiten der Gesetze und vor allem gegen die für die Dauer unersetzlich hohe steuerliche Belastung der gesamten Wirtschaft und des einzelnen Steuerpflichtigen haben. Die genannten Parteien waren gezwungen, diese Bedenken angesichts der Notwendigkeit zurückzugeben, die erforderlichen Mittel für die Ausgleichung des Haushalts und die Durchführung der Kriegserbschaftssteuererhebung zu sichern. Schon jetzt erwacht die Sorge, daß diese Verpflichtungen in den kommenden Jahren die Steuerkraft des deutschen Volkes in so erdrückendem Maße in Anspruch nehmen, daß man nur mit schwerer Sorge um die Wirtschaft und die soziale Entwicklung der Zukunft entgegensehen kann.

Die Hauptforderung für eine rechtliche Begrenzung dieser Lasten ist eine Kapitalsteuer, die in höherem Maße als bisher auf die Vermögensgegenstände des deutschen Wirtschaft-

das verringerte Einkommen des deutschen Volkes und seine sozialen Lebensnotwendigkeiten Rücksicht nimmt.

Es schien oberste Pflicht, einen gerechten Ausgleich zwischen den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft, den sozialen und kulturellen Erfordernissen und den dringendsten Bedürfnissen des Staates zu schaffen. Ferner mußte eine gleichmäßige und einheitliche Veranlagung und Bewertung bei der Steuer vom Einkommen und Besitz besorgt werden. Leider gestattet die Finanzlage nicht, die in dieser Beziehung schädliche Umsatzsteuer stärker zu vermindern. Die Regierung soll eine Änderung des Systems der Umsatzsteuer prüfen und eine weitere Erleichterung erwägen.

Eine erhebliche Verstärkung des Kinderprivilegs ist in die direkte Besteuerung eingebaut worden. Der Straußenschuß hat in Bezug auf die Gestalt der Hauszinssteuer und der Miete die Beschlüsse des Wohnungsausschusses übernommen, aber erhebliche soziale Erleichterungen und Garantien hinzugefügt. Er hat die Hauszinssteuer in ihrer Geltungsdauer begrenzt und hat einigen Länderwegen eine Änderung der Erhebungsform nahegelegt.

Beim Finanzausgleich behält sich die Bayerische Staatspartei eine besondere Stellungnahme vor. Die übrigen Fraktionen erklären hierzu, daß sie dem Reich kein Kontrollrecht im einzelnen über Länder und Gemeinden geben wollen, sondern durch statistische Unterlagen zur Klärung der Verhältnisse beitragen wollen. Darin soll bewiesen werden, daß unsere steuerliche Gesamtbelastung das Maß der Belastung in jedem anderen Lande weit übersteigt, namentlich was Besitz- und Ertragssteuern angeht, obwohl gleichzeitig auch die unteren und mittleren Einkommenstufen ungleich höher als im Auslande belastet sind. Gerade solche Beweismittel seien mit Rücksicht auf unsere außenpolitische Lage besonders wichtig.

Die Regierungsparteien haben alles getan, was in ihrer Kraft stand, um den Ländern und Gemeinden in Bezug auf die Steuerüberweisungen entgegenzukommen, soweit die finanzielle Not des Reiches es irgend zuließ. Sie hoffen, daß dieses Entgegenkommen den Weg zu einer Verständigung zwischen Reich und Ländern öffnen wird. In der Erklärung wird dann die ernste Mahnung zur äußersten Sparsamkeit vor allem auch an einen Teil der Gemeindeverwaltungen, gerichtet, die den großen Ernst der Lage noch nicht voll erkannt zu haben scheinen. Die Ausgaben haben sich nach der gesamten Leistungsfähigkeit der Steuerzahler zu richten.

Zum Schluß betonten sämtliche hinter der Regierung stehenden Parteien, daß die Verabschiedung der gesamten Steuerreform nicht länger hinausgeschoben werden darf. Sie sind der festen Ueberzeugung, daß durch dieses in verhältnismäßig kurzer Zeit durch vertrauensvolle Zusammenarbeit geklärte Werk ein Grundstein für die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Gesundung des deutschen Volkes gelegt worden ist.

Die nun folgenden Angriffsreden der Opposition gingen vor einem fast ganz geleerten Hause vor sich, zumal man der ewigen Zusammenkünfte müde ist und die Pflicht erweist, sobald die rhetorischen Leidenschaft einiger alzu temperamentvoller Redner die Unbequemlichkeiten des „Schauspiels“, das bekanntlich sehr viele künftige Anstrengungen erfordert, in unmittelbarer Nähe herauszufordern.

Reichsfinanzminister von Schlieffen wies die Anwürfe der Linken zurück, worauf das Haus in der folgenden Abendstunde als erstes der Steuergesetze die Einkommensteuer in Angriff nahm. Infolge der schwachen Besetzung mußte aber Vertagung auf Dienstag eintreten.

## Zeppelinfeier in Friedrichshafen.

Der Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen veranstaltet am 30. August anläßlich des 25jährigen Bestehens des ersten Zeppelinflugzeuges eine Feier, an der Vertreter der Reichsregierung, der württembergischen Regierung, der deutschen Städte, der Industrie, der Gewerkschaften und anderer Körperschaften teilnehmen werden. Dr. Cuthbert wird bei dieser Feier den angekündigten Ruf an das deutsche Volk erlassen zur Opfergabe für den Bau eines neuen Zeppelinluftschiffes, für den etwa 7 Millionen Mark erforderlich sind, zu denen durch die Spende etwa 4 Millionen aufgebracht werden sollen. Zu gleicher Zeit soll mit Unterschriften ausländischer wissenschaftlicher Korporationen das Ersuchen an die Reichsregierung gerichtet werden, den Bau eines 100-000 Kubikmeter großen Luftschiffes zur Erforschung der Nordpolargebietes zu gestatten.

80 cm breit, 0,50 m Höhe gegen und mit dem Rücken 1 m einfarbiger Stoff, je

110 cm breit, Stofffarbe Schieferhölz